Evangelische Perspektiven

Das Magazin der Landeskirche Braunschweig 3 |2019

Der lange Weg zur Einheit

In 30 Jahren hat sich vieles zwischen Ost und West zum Guten verändert. Aber nicht nur. Eine Spurensuche.

Interview mit Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt
Seite 14

Liebe Leserinnen und Leser,

Foto: Jens Schulze

der Fall der Mauer vor 30 Jahren war ein Glücksfall der Geschichte. Nicht nur für die Deutschen. Zeitweilig schien es, als könnte ein goldenes Zeitalter anbrechen – ohne die Konfrontation zwischen feindlichen Mächten und widerstreitenden Ideologien. Doch nur allzu bald wurde klar, dass die Geschichte nicht in einem glücklichen Moment verharrt, sondern fortschreitet – und neue Konflikte hervorbringt. So war die Wiedervereinigung nicht nur ein Geschenk, sondern musste auch mühsam gestaltet werden.

30 Jahre danach ist die deutsche Einheit noch nicht vollendet. Im Gegenteil, bisweilen scheint es, als würden die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den östlichen Bundesländern dazu führen, dass die Mauer in den Köpfen wieder höher wird. Die starken Wahlerfolge der AfD unter Ostdeutschen könnten dafür ein Indiz sein. Obwohl sie in Westdeutschland gegründet wurde, behauptet die AfD, die Anliegen der Ostdeutschen besonders gut vertreten zu können.

Dabei kann die Partei kaum verschleiern, dass sie von rechtsextremen Gedanken durchsetzt ist und nicht das Wohl des Volkes, sondern ihren eigenen Machtzuwachs im Auge hat. Vor diesem Hintergrund setzt der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, auf klare Abgrenzung, wie er im Interview mit unserem Magazin erklärt. Gleichzeitig warnt er davor, die Ostdeutschen zu stigmatisieren; der Kampf gegen den Rechtsextremismus sei eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Als eine Kirche auf der Grenze zwischen Ost und West nimmt die Landeskirche Braunschweig in besonderer Weise am Prozess der Wiedervereinigung teil – an ihren Mühen ebenso wie ihren Erfolgen. Dabei steht sie für Versöhnung und Verständigung, für die Wertschätzung von Biographien ebenso wie für die Achtung der Würde aller Menschen. Egal, welcher Nation sie angehören. Werte, die nach wie vor benötigt werden – auf dem langen Weg zur deutschen Einheit.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen
Ihr

Michael Strauß

Impressum
Herausgeber Pressestelle der Landeskirche Braunschweig | **Redaktion** Michael Strauß (mic) | **Anschrift** Dietrich-Bonhoeffer-Straße 1, 38300 Wolfenbüttel, Tel. 05331-802108, Fax 05331-802700, presse@lk-bs.de, www.landeskirche-braunschweig.de | **Layout** Dirk Riedstra | **Druck** MHD Druck und Service GmbH, 29320 Hermannsburg | **Titelfoto** Hansjörg Hörseljau

Foto: Agentur Hübner

Foto: Agentur Hübner

Foto: Agentur Hübner

Foto: Brot für die Welt

In dieser Ausgabe

4 Blickpunkt

Der Grenze gedenken

In Hötensleben erinnert ein Denkmal an die Zeit der deutschen Teilung.

8 Porträt

Faire Gemeinde werden

Jakob Meyer setzt sich für ein stärkeres Umweltbewusstsein und mehr Gerechtigkeit ein.

10 Titelthema

Der lange Weg zur Einheit

Vieles hat sich in den 30 Jahren seit der Wende verändert. Zum Guten, aber nicht nur. Wie eine Spurensuche im Ostharz zeigt.

14 Interview

Endlich Deutsche sein

Im Gespräch erläutert Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, warum den Ost- und Westdeutschen ein gemeinsames Verständnis der Nation fehlt.

18 Reportage

Musik, die verbindet

Mit einer Ausbildungsinitiative wirbt das Posaunenwerk um neue Bläserinnen und Bläser.

21 Nachgefragt

Christen bei Volkswagen

Peer-Detlev Schladebusch erläutert, welche Akzente ein Netzwerk von Gläubigen in Wolfsburg setzen kann.

22 Kleine Kirchenkunde

Solidarisch mit Menschen in Not

„Brot für die Welt" hilft seit 60 Jahren in Krisen und Katastrophen. Unterstützt auch von vielen Menschen im Braunschweiger Land.

24 Hintergrund

Religionsfreiheit im Konflikt

Religionspolitik ist ein wichtiges Politikfeld in Niedersachsen geworden, wie aktuelle Debatten zeigen.

Foto: Klaus G. Kohn

Der Grenze gedenken

Das Grenzdenkmal Hötensleben 18 Kilometer südlich von Marienborn erinnert an die Zeit der deutschen Teilung. 350 Meter Grenzanlagen zeigen, wie die DDR die Flucht ihrer Staatsbürger in den Westen zu verhindern suchte. Seit 2011 gehört die Anlage zusammen mit der Gedenkstätte Marienborn zum Europäischen Kulturerbe. Wer das Denkmal besucht, erlebt den Zustand der DDR-Grenzanlagen des Jahres 1989.

Vor 30 Jahren fiel die Mauer, die Menschen standen auf für Freiheit, Einheit und Demokratie und sorgten für einen politischen Wandel, auf den kaum jemand zu hoffen gewagt hatte. Das SED-Regime vermied eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dem eigenen Volk, und am 9. November 1989 begannen mit der Grenzöffnung die letzten Tage der DDR.

www.grenzdenkmal.com

Jugendgesetz beschlossen

Foto: Agentur Hübner

Die Landessynode hat auf ihrer Tagung am 21. September in Wolfenbüttel ein neues Kirchengesetz zur Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien beschlossen. Es soll ein Konzept verbindlich machen, das die Landessynode bereits im Mai 2018 beschlossen hatte.
So soll künftig ein „beratendes Fachgremium auf Ebene der Landeskirche“ dafür sorgen, die Jugendarbeit weiterzuentwickeln und zwischen den Propsteien besser zu vernetzen. Das Gremium soll Themen setzen, Debatten initiieren sowie gemeinsame Projekte und Zielvereinbarungen anregen.
Das Gesetz erhielt eine Mehrheit, obwohl einige Mitglieder der Landessynode Zweifel an dessen Sinnhaftigkeit hatten. So sagte Propst Jens Höfel (Bad Harzburg), das Gesetz sei kein großer Wurf. Und Pfarrer Harald Welge meinte mit Blick auf die Bewegung „Fridays for Future“, Jugendliche brauchten nicht immer die Beratung Erwachsener, um sich zu engagieren.

Christians for Future

Foto: epd-bild/Christian Ditsch

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen unterstützt die „Fridays for Future“-Bewegung. Dazu wurde das Projekt „Christians for Future“ ins Leben gerufen. „Wir möchten Christinnen und Christen dazu motivieren, sich zu vernetzen und aktiv zu beteiligen“, so Jutta Sundermann aus Verden, eine der Initiatorinnen von „Christians for Future“. Dazu wurde eine Petition entworfen, die im Internet verfügbar ist.
„Die globale Erwärmung und Umweltzerstörung wirken sich schon heute weltweit dramatisch auf die Chancen für Frieden und Gerechtigkeit aus. Wir wenden uns deshalb an die politisch Verantwortlichen“, so der Vorsitzende des Arbeitskreises, Tobias Schäfer-Sell vom Evangelisch-lutherischen Missionswerk in Niedersachsen.
Außerdem ist die Initiative „Churches for Future“ entstanden, in der sich kirchliche Einrichtungen und Organisationen mit dem Anliegen von „Fridays for Future“ solidarisieren. Die Initiatoren von „Christians for Future“ richten sich demgegenüber an Einzelpersonen und bieten Vernetzung und Informationsaustausch an. „Nur wenn wir zügig und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das massenhafte Sterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren“, sagt Andreas Riekeberg, Pfarrer in Wolfenbüttel.
Der Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen besteht aus Delegierten dreier Kirchen (Landeskirche Hannovers, Landeskirche Braunschweig, Evangelisch-reformierte Kirche), auf einem ökumenischen Forum gewählten Mitgliedern und berufenen Experten zu den drei Themenfeldern.

www.christians4future.org

Ulrike Brand-Seiß gewählt

Foto: Agentur Hübner

Pastorin Ulrike Brand-Seiß (56) aus Hamburg wird neue Leiterin der Personalabteilung der Landeskirche Braunschweig. Sie wurde mit 28 Stimmen am 21. September in Wolfenbüttel von der Landessynode gewählt. Neun Synodale stimmten gegen sie, sieben enthielten sich der Stimme. Brand-Seiß war die einzige Kandidatin. Brand-Seiß folgt in ihrem neuen Amt Oberlandeskirchenrätin Brigitte Müller, die zum 1. Oktober in den Ruhestand getreten ist.

In ihrer Vorstellungsrede vor der Landessynode sprach sie sich für eine wertschätzende und konstruktive Zusammenarbeit in der Kirche aus. Als Personalreferentin wolle sie dafür sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „gabenorientiert" an der richtigen Stelle wirken können.

Ulrike Brand-Seiß (Hamburg) ist seit 2009 als Theologische Referentin im Gemeindedienst der Nordkirche tätig. Dort ist sie unter anderem zuständig für Fragen der Gemeindeentwicklung sowie für die Bereiche Leitung und Ehrenamt. Zuvor wirkte sie vier Jahre lang als Pastorin in der „Arbeitsstelle für Reformumsetzung und Organisationsentwicklung". Von 1993 bis 2001 war sie für die Jugendarbeit im Kirchenkreis Eckernförde zuständig. Das Vikariat absolvierte Brand-Seiß in der Kirchengemeinde Waabs sowie in der deutschsprachigen Gemeinde in Madrid (Spanien). Ulrike Brand-Seiß ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern.

Für Änderung der Grundordnung

Die braunschweigische Landeskirche hat am 21. September auf ihrer Synodentagung in Wolfenbüttel als letzte der 20 Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) einer Änderung der Grundordnung der EKD zugestimmt. Dabei ging es um die Erweiterung des ersten Artikels der Grundordnung und den Satz: „Sie [die EKD] ist als Gemeinschaft ihrer Gliedkirchen Kirche."

Die Änderung war nicht unumstritten. Landesbischof Meyns sagte, der nun gefundene Kompromiss könne auch von der braunschweigischen Landeskirche mitgetragen werden. Die Änderung der Grundordnung war bereits im Jahr 2015 auf den Weg gebracht worden. Seitdem mussten alle Landessynoden der EKD-Gliedkirchen mit Zweidrittelmehrheit dem Vorhaben zustimmen. | epd

Jan Lemke gewählt

Foto: Agentur Hübner

Dr. Jan Lemke (52) aus Magdeburg wird neuer Leiter der Rechtsabteilung der Landeskirche Braunschweig. Er setzte sich mit 33 Stimmen gegen Prof. Dr. Christoph Goos (44) aus Halberstadt im ersten Wahlgang bei einer Wahl der Landessynode am 21. September in Wolfenbüttel durch. Goos erhielt 11 Stimmen.

Als Oberlandeskirchenrat wird Lemke Mitglied des Kollegiums des Landeskirchenamtes. Das Kollegium ist neben der Landessynode, der Kirchenregierung und dem Landesbischof eines der vier Leitungsorgane der Landeskirche. Lemke folgt in seinem neuen Amt Hans-Peter Vollbach, der Kirchenamtspräsident der sächsischen Landeskirche in Dresden geworden ist.

In seiner Vorstellungsrede vor der Landessynode sprach sich Lemke für eine gesellschaftspolitisch aktive Kirche aus. So sei die Initiative der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu unterstützen, ein Schiff zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer zu ermöglichen. Eine Fusion der Landeskirche Braunschweig mit anderen Kirchen in Niedersachsen lehnte er ab.

Lemke ist seit 1995 Richter am Landgericht Magdeburg und zuständig für Zivil- und Strafsachen. Vor seinem Referendariat in Oldenburg studierte er Jura an den Universitäten Kiel und Trier. Lemke ist seit 2015 Mitglied der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Vollversammlung der Union Evangelischer Kirchen (UEK). Außerdem ist er Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) und wirkte in deren Verfassungskommission mit. Der in Kiel und Wilhelmshaven aufgewachsene Jurist ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Foto: Agentur Hübner

Politisch und gesellschaftlich interessiert: Jakob Meyer.

Faire Gemeinde werden

Jakob Meyer hat eine von „Brot für die Welt“ geförderte Projektstelle. Er setzt sich für ein stärkeres Umweltbewusstsein und mehr Gerechtigkeit ein.

Jakob Meyer ist ein fröhlicher und geselliger Mensch, der gern viel gemeinsam mit Freunden unternimmt. Einer, der politisch und gesellschaftlich interessiert ist, sich intensiv informiert und aktiv einbringt. So verwundert es nicht, dass sich der 28-Jährige auch für den Leitgedanken „global denken, lokal handeln“ begeistern kann. Seit Anfang Mai besetzt Jakob Meyer die von „Brot für die Welt“ geförderte Projektstelle der Aktion „Faire Gemeinde“.

Das Projekt „Faire Gemeinde“ hat Landesjugendpfarrer Lars Dedekind gemeinsam mit der Evangelischen Erwachsenenbildung ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es, dass möglichst viele Kirchengemeinden der Landeskirche Braunschweig in einer Selbstverpflichtung zusagen, mindestens sechs von 13 Kriterien des fairen und ökologischen Handelns zu erfüllen.

Dadurch soll nachhaltiges und faires Handeln in der Kirche bestärkt und etabliert werden. „Mit Lars Dedekind hatte ich bereits vorher Kontakt“, erinnert sich Jakob Meyer. Als Jugendlicher sei er in der Kirchengemeinde St. Pauli-Matthäus aktiv gewesen, habe ehrenamtlich mehrere Jahre als Teamer gewirkt und ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert.

Inzwischen hat der 28-Jährige an der Technischen Universität Braunschweig seinen Bachelor in Sozialwissenschaften absolviert: „Thematische Studienschwerpunkte waren dabei vor allem die Entwicklungszusammenarbeit sowie Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Politik.“ Dabei nutzte der gebürtige Braunschweiger jede sich bietende Gelegenheit, auch geografisch über den heimatlichen Horizont zu schauen.

Im Zuge seines Bachelorstudiums besuchte Meyer die UN-Klimakonferenz 2013 in Warschau und war als Praktikant mehrere Monate bei Greenpeace Deutschland mit Recherche und Campaigning zum Thema nachhaltiger und gerechter Handel befasst. Zwei Auslandsaufenthalte führten ihn in die USA und in die Türkei.

Beste Voraussetzungen also für seinen aktuellen Job. „Persönlich habe ich natürlich auch in meinem Alltag den Anspruch, allen ökologisch nachhaltigen Kriterien gerecht zu werden“, sagt Jakob Meyer. In seiner Wohngemeinschaft werde nur Ökostrom genutzt. Der fair gehandelte Bio-Kaffee schmecke auch seinen Mitbewohnern.

„Beim Umweltschutz ist es wichtig, überhaupt anzufangen und etwas zu verändern.“

Und mobil in Braunschweig komme er sehr gut mit dem Fahrrad zurecht. „Hundertprozentig kriege ich das alles in meinem Leben auch nicht hin“, gesteht er mit einem Augenzwinkern. Wichtig sei, überhaupt anzufangen und etwas zu verändern.

Das sollen auch die Seminare vermitteln, die Jakob Meyer im Zuge des Projektes „Faire Gemeinde“ betreut. Dabei könnten sich die Ansätze je nach Gegebenheiten der jeweiligen Gemeinde unterscheiden. „Mein Vertrag geht bis Ende 2021“, erläutert Meyer. Sein Ziel: pro Projektjahr zehn „Faire Gemeinden“, anfangs in der Propstei Braunschweig, später landeskirchenweit, auf den Weg zu bringen.

Das wären dann insgesamt 30, nicht schlecht als Resultat seiner Halbtagsstelle. Parallel studiert Jakob Meyer weiter und möchte seinen Master im Fach „Technologieorientiertes Management“ machen, denn, so sagt er: „Ich könnte mir vorstellen, später praxisorientiert für einen Verband oder ein Unternehmen zu arbeiten.“

| Michael Siano

Der lange Weg zur Einheit

Die Landeskirche Braunschweig ist eine Kirche auf der Grenze zwischen Ost und West. Teile ihres Gebietes gehörten bis 1989 zur DDR. Vieles hat sich in den 30 Jahren seit der Wende verändert. Zum Guten, aber nicht nur. Wie unsere Spurensuche im Ostharz zeigt.

Foto: Hansjörg Hörsel|au

Mehr zum Thema YouTube

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!“, beteuerte DDR-Staats- und Parteichef Walter Ulbricht bei einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961. Zwei Monate später stand die Berliner Mauer – und Ulbricht ging als einer der größten Lügner in die Geschichte ein. Es folgte die schmerzliche Teilung Deutschlands – manifestiert durch Grenzzäune mit Wachtürmen, Selbstschussanlagen und Minenfeldern. Erst die Massenfluchten und Montagsdemos mit Hunderttausenden Teilnehmern im Jahr 1989 setzten das DDR-Regime zusehends unter Druck.

Am 9. November 1989 stammelte sich Politbüro-Sprecher Günther Schabowski durch eine Pressekonferenz und kündigte die Reisefreiheit für alle DDR-Bürger an: „... ab sofort, unverzüglich“. Noch am selben Abend öffneten sich die Grenzübergänge: Deutsche aus Ost und West lagen sich in den Armen, Freudentränen flossen, ein ganzes Land jubelte. Knapp ein Jahr später, am 3. Oktober 1990, war die DDR Geschichte – und Deutschland wiedervereinigt.

Die Hoffnung damals: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!“ Das sollte auch für die Rückkehr der ehemaligen Propstei Blankenburg in die Landeskirche Braunschweig gelten. Seit der Reformation im 16. Jahrhundert gehörten die Propstei und das Gebiet Calvörde kirchenpolitisch zu Braunschweig. Von 1973 an wurde die Kirchenregion im Ostharz durch die sächsische Kirche mit Sitz in Dresden verwaltet, jedoch nicht eingegliedert.

Dank finanzieller Unterstützung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig blieb sie selbstständig. Doch der Druck seitens der DDR stieg: 1985 erfolgte eine Eingliederung in die Kirchenprovinz Sachsen. Zwei Jahre nach der Wende stimmten 26 von 30 Gemeinden für eine Rückkehr zur braunschweigischen Landeskirche. Viele ältere Gemeindemitglieder hatten beim Festakt anlässlich der Wiedereingliederung im Januar 1992 Tränen in den Augen.

30 Jahre nach dem Mauerfall begeben wir uns in Blankenburg auf Spurensuche. Die Stadt ist von damals 20.000 auf 12.000 Einwohner geschrumpft. Ruinen, noch aus DDR-Zeiten, stehen vis-à-vis neu gebauter Villen. Blankenburg scheint irgendwo zwischen Niedergang und Neubeginn steckengeblieben zu sein.

Von den 10.000 Christen aus Wendezeiten in der alten Propstei, die wieder in die Landeskirche Braunschweig eingegliedert wurden, ist heute nur noch knapp die Hälfte übrig. „Die Hoffnung damals, jetzt kommen wieder alle in die Kirche, hat sich nicht erfüllt“, sagt Eckehart Winde, der seit 2016 als Pfarrer in Blankenburg wirkt.

Anfangs machten die Jüngeren und Aktiven „in den Westen rüber“, dafür kamen nach dem Ende der DDR

Foto: Agentur Hübner

Oliver Meißner mit seinem Original-Rafena-Fernseher aus DDR-Zeiten.

die sogenannten „Wendehälse“ in die Gemeinden. „Aber nur solange, bis die merkten, dass ihnen die Kirchenmitgliedschaft gesellschaftlich keine Vorteile brachte“, sagt Winde.

Geboren in Magdeburg, wuchs er in der DDR auf und erlebte in Karl-Marx-Stadt, das heute wieder Chemnitz heißt, die Wendezeit. Bereinigungen der Mitgliederkarteien und Austrittswellen in den 1990er-Jahren ließen die Mitgliederzahlen rasch sinken. Heute sorgt dafür vor allem der demografische Wandel.

Regionaldiakon Johannes Spiegel lebt und arbeitet seit 1983 in Blankenburg. „Da bin ich noch davon ausgegangen, dass ich den Westen erst als Rentner erlebe“, erinnert er sich. Das Gemeindeleben in der DDR sei überschaubar gewesen. Nie mehr habe er danach so viele Brettspiele gespielt und dabei diskutiert.

Im geschützten Raum sei das offene Gespräch möglich gewesen. Aufnäher der kirchlichen Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ am Hemd und die Mitarbeit im Umweltarbeitskreis seien klare „politische Statements“ gewesen. Mit Schikanen durch Volkspolizei und Stasi war stets zu rechnen. Spiegel: „Unser Privileg als kirchliche Mitarbeiter war, dass wir nicht um unseren Job bangen mussten.“

Pfarrer Winde bestätigt: „Kirche war das Sammelbecken für legal zugelassene Opposition.“ Skeptisch wurde auch die offene Jugendarbeit beäugt. „50 bis 60 Prozent der Jugendlichen kamen von außen“, vermerkt Diakon Spiegel noch heute zufrieden. Kirchliche Zeltfreizeiten auf staatlichen Anlagen waren nahezu unmöglich. „Selbst wenn wir uns anderthalb Jahre vorher anmeldeten, hieß es stets: Wir sind bereits voll belegt!“ So griff die Kir-

chengemeinde 1985 für eine Open-Air-Veranstaltung zu einem Trick und erklärte den städtischen Platz vor der Bartholomäus-Kirche einfach zum Gemeindegrund. „Das haben die im Rathaus nicht überprüft, und so konnten wir von da oben die ganze Stadt beschallen“, erinnert sich Johannes Spiegel noch immer amüsiert.

Dann kündigte sich die Wendezeit an. Immer mehr Menschen flüchteten über Ungarn oder reisten offiziell aus. Pfarrer Winde: „Radio und Fernsehen liefen ununterbrochen. Es war eine Zeit großer innerer Anspannung. Stets mit der bangen Frage: Was passiert in den nächsten Minuten?“

„Plötzlich war die eigene Lebensleistung, wie etwa Familiengründung oder Hausbau, nichts mehr wert.“

In Blankenburg kam es zwei Tage nach dem Mauerfall zu einer größeren Kundgebung. Statt der erwarteten 2.000 wurden nur 300 Teilnehmer gezählt, viele waren da bereits weg - im Westen. Diakon Spiegel: „Etwa ab Frühjahr 1990 hatten wir hier als Kirche das Gefühl: Jetzt können wir auch offen raus in die Gesellschaft gehen.“ Vieles habe sich seitdem positiv entwickelt. Manches aber auch nicht. Pfarrer Winde: „Da hat in der Gesellschaft einiges in unangenehmer Weise zu gären angefangen.“

Das stellt auch Pfarrer Oliver Meißner fest: „24 Prozent für die AfD bei den letzten Wahlen – das ist eine Aussage.“ Der gebürtige Schöninger kam 2001 als „Wessi“ nach Wienrode bei Blankenburg. Zu seinem Pfarramt gehören auch die Orte Börnecke, Cattenstedt, Timmenrode und Altenbrak-Treseburg: „Alles Dörfer mit 600 bis 1.000 Einwohnern.“ Davon seien nur jeweils 90 bis 180 auch Kirchenmitglieder.

Aus dem einstigen Wessi-Pfarrer ist längst ein Ossi-Versteher geworden. „Ich lebe in einem DDR-Museum“, sagt er augenzwinkernd und erklärt Interessierten in seinem Pfarrhaus gern den Original-Rafena-Fernseher oder das riesige Oberon-Stereo-Radio aus DDR-Produktion. „Bis vor kurzem bin ich in meinem Trabi vorgefahren, das hat viele Türen geöffnet.“

Die bodenständige Art des Pfarrers kommt bei den Menschen gut an. Doch in jüngster Zeit bemerkt auch Meißner Aktivitäten von Identitären und völkischen Siedlern in seinem Pfarrbezirk. „Bis vor fünf, sechs Jahren hätten die sich nicht getraut, offen aufzutreten.“ Die AfD-Wahlergebnisse drückten für ihn weniger ein Dafür als vielmehr ein Dagegen aus. „Das sind Frustwahlen“, sagt Meißner.

„30 Jahre nach der Wende brechen sich tiefe Verletzungen Bahn.“ Politisches werde mit Privatem verbunden. So fehle den Menschen im Osten die Wertschätzung durch die gesamtdeutsche Gesellschaft. „Plötzlich war die eigene Lebensleistung, wie etwa Familiengründung oder Hausbau, nichts mehr wert.“ Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven, da sei ein großes Stück Sicherheit weggebrochen.

„Wir können nicht 40 Jahre DDR kompensieren“, resümiert Oliver Meißner, „aber Wertschätzung und Solidarität sind die Stärke von Kirche.“ Eine Chance also für die Kirche, für seine Kirche. Denn auch das sagt der Pfarrer zum Abschluss: „Ich kann mir heute nicht mehr vorstellen, hier weg zu gehen.“ | Michael Siano

Foto: Hansjörg Hörseljau

Diakon Johannes Spiegel (links) und Pfarrer Eckehart Winde erinnern sich an alte DDR-Zeiten.

Endlich Deutsche sein

Ost- und Westdeutschen fehlt ein gemeinsames Verständnis der Nation. Das erklärt Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, im Interview mit den „Evangelischen Perspektiven“. Die Wahlerfolge der AfD versteht er als gesamtdeutsches Problem und als Folge einer in Teilen gescheiterten Migrationspolitik.

Die Konsequenzen aus dem 20. Jahrhundert sind nicht von einer Generation zu schultern, sagt Ministerpräsident Haseloff.

Evangelische Perspektiven: Herr Ministerpräsident, 30 Jahre liegt der Fall der Mauer nun zurück. Wie hoch ist die Mauer in den Köpfen zwischen Ost- und Westdeutschen heute noch?

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Nach dem Mauerfall war es gar nicht selbstverständlich, dass die Wiedervereinigung Deutschlands gelingen würde. Keiner wusste, ob eine Einigung mit den Alliierten möglich sein würde. Dass es dann eine Dynamik zugunsten der Wiedervereinigung gab, ist für mich nach wie vor ein Wunder. Wobei ich stets an eine Predigt meines katholischen Pfarrers in Wittenberg denke, der damals an die 40-jährige Wüstenwanderung des Volkes Israel erinnerte.

Inwiefern?

Nach dem Mauerfall öffnete sich ein neuer Weg, allerdings mit vielen Hindernissen, Mühen und Enttäuschungen. Es wurde klar, dass die Konsequenzen aus dem 20. Jahrhundert nicht nur von einer Generation zu schultern sind. Bevor sich Veränderungen durchsetzen und man ans Ziel gelangt, braucht es erfahrungsgemäß eine lange Zeit, manchmal 40 Jahre oder sogar mehr.

Sie sind nicht enttäuscht über die Rückschritte im Prozess der Wiedervereinigung?

Ich habe Verständnis dafür, dass Menschen enttäuscht sind, weil ihnen die Wiedervereinigung nicht immer das Glück gebracht hat, das sie sich erhofft haben. Gleichwohl sagen die meisten Ostdeutschen, dass sie mit ihrem Leben heute so zufrieden sind, dass sie nicht zurückwollen in die DDR. Sie schätzen die gewonnene Freiheit und die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Fast alle sagen: Es ist gut, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa sind.

Dr. Reiner Haseloff

Dr. Reiner Haseloff (CDU) ist seit 2011 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. Seit 2016 regiert der 65-Jährige das Land in seiner zweiten Amtszeit in einer „Kenia-Koalition“ zusammen mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Von 2006 bis 2011 war er Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes. Davor wirkte er als Staatssekretär und Direktor des Arbeitsamtes Wittenberg. Sein Studium der Physik absolvierte Haseloff an der Technischen Universität Dresden und der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist katholisch und unter anderem Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Foto: Agentur Hübner

Trotzdem fühlen sich viele Ostdeutsche von den Westdeutschen nicht ausreichend verstanden. Teilen Sie diesen Eindruck?

1989 war die DDR wirtschaftlich am Ende, so dass gravierende Veränderungen unausweichlich waren. Sie musste der Bundesrepublik beitreten, weil sie einen Zusammenbruch erlebt hatte und aufgefangen werden musste. Nur durch wirtschaftliche Impulse aus Westdeutschland und die Währungsunion konnte das öffentliche Leben im Osten aufrechterhalten werden. Zumal durch die offene Grenze viele Leistungsträger in den Westen abwanderten. Vor diesem Hintergrund sollten Ostdeutsche und Westdeutsche mehr Verständnis für die Situation des jeweiligen Anderen entwickeln.

Das ist die kenntnisreiche Sicht eines Ministerpräsidenten. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich aber gegenüber den Westdeutschen immer noch benachteiligt.

In Folge der wirtschaftlichen Probleme hat sich so etwas wie eine neue ostdeutsche Identität entwickelt: der sogenannte Ossi. Dabei wollten die meisten nach der Wende wie alle Westdeutschen einfach Deutsche sein. Endlich, nachdem sie sich so viele Jahre als Deutsche zweiter Klasse gefühlt hatten. Jetzt hatten alle den gleichen Pass, aber die unterschiedliche Wirtschaftskraft in West und Ost schuf neue Ungleichheiten. Viele hatten die wirtschaftliche Lage in der DDR zu optimistisch eingeschätzt. Statt zu den zehn stärksten Industrienationen zu gehören, lag sie volkswirtschaftlich trotz der gut ausgebildeten und fleißigen Menschen am Boden.

„Es fehlt eine ausreichende Repräsentanz Ostdeutscher in unserer Gesellschaft.“

Was bedeutete das für die Menschen nach der Wende?

In den ersten Jahren nach 1989 waren fast 50 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung nicht in originärer Arbeit. Als Leiter des Arbeitsamtes in Wittenberg habe ich diese Situation hautnah miterlebt. Außerdem hatten rund 80 Prozent eine Akte beim Arbeitsamt. Sie mussten eine neue Ausbildung machen oder Lehrgänge zur Fort- und Weiterbildung, damit sie überhaupt auf ihren Arbeitsplätzen bleiben konnten. In fast jeder Familie gab es Menschen, die von dieser Situation betroffen waren. Das hat Spuren hinterlassen.

Die wirtschaftliche Lage hat sich für viele verbessert. Gibt es weitere Faktoren, die das Zusammenwachsen von Ost und West behindern?

Die demographische Entwicklung vor allem. Nach 1989 gab es hier eine Halbierung der Geburtenrate. Das macht sich nun negativ bemerkbar. In vielen kleineren Orten leben fast nur noch ältere Menschen. Außer-

Foto: Agentur Hübner

dem fehlen vielerorts Fachkräfte, die gebraucht werden – Ärzte, Krankenschwestern, Handwerker und viele andere mehr. Gerade im ländlichen Raum gibt es gra-

Fotos (2): Agentur Hübner

vierende Probleme. Außerdem verdienen ostdeutsche Arbeitnehmer immer noch etwa 20 Prozent weniger als vergleichbare Arbeitnehmer im Westen, und das bei deutlich längerer Jahresarbeitszeit. Und nicht zuletzt fehlen Ostdeutsche in leitenden Positionen in Wirtschaft und Industrie, auch in Medienunternehmen. Deswegen gibt es in den Medien viele Blicke auf die Ostdeutschen, aber kaum Blicke der Ostdeutschen auf sich selbst. Es fehlt eine ausreichende Repräsentanz Ostdeutscher in unserer Gesellschaft.

Welche Bedeutung hat für Ostdeutsche die Erfahrung, wieder eine gemeinsame Nation mit den Westdeutschen zu sein?

Die Ostdeutschen haben ein positives Verständnis von Nation. Die Nation ist für sie ein Ordnungsfaktor. Sie haben die Wiedervereinigung in dem Bewusstsein erlebt, dass die Nation geheilt wurde, nachdem ihnen viele Jahre lang eine positive Erfahrung von Nation verwehrt war – nicht nur in der Zeit der DDR, sondern schon in den Phasen davor: im Kaiserreich, in der gescheiterten Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und schließlich in der Zeit des Kommunismus. Gleichzeitig haben viele Ostdeutsche den Eindruck, dass Teile der westdeutschen Eliten mit der Nation ein Problem haben.

Besonders große Sorgen gibt es mit Blick auf die Wahlerfolge der AfD. Welche Erklärung haben Sie für die vielen AfD-Wähler im Osten?

Meines Erachtens brauchen wir mit Blick auf die AfD eine gesamtdeutsche Perspektive. Alle Spitzenkräfte der AfD kommen aus dem Westen. Die Frage lautet doch vielmehr: Wie konnte diese westdeutsche Gründung es als Partei AfD schaffen, heute im Bundestag und in allen 16 Länderparlamenten zu sitzen?

Trotzdem liegen die Wahlergebnisse der AfD im Osten höher.

Ja, sie hat aber auch in Westdeutschland Direktmandate errungen. In der Tat ist die Affinität zur AfD in Ostdeutschland größer, weil es hier mehr Menschen gibt, die sozial sehr schwierige Verhältnisse erlebt haben oder immer noch in ihnen leben. Die soziale Frage ist neben der generellen Richtungsfrage, wohin sich eine Nation innerhalb der globalisierten Welt entwickeln sollte, der entscheidende Punkt, der sich aber in einer Markt- und Wettbewerbsgesellschaft nicht ohne weiteres auflösen lässt. Deswegen würde es schon viel helfen, wenn eine erneute Stigmatisierung der Ostdeutschen unterbleiben würde, nach dem Motto: Das sind alles keine richtigen Demokraten.

„Solange die AfD in allen Parlamenten sitzt, müssen wir uns jeden Tag die Frage stellen, was wir falsch gemacht haben."

Wir wissen allerdings, dass die AfD ein Sammelbecken für Menschen mit rechtsextremer, nationalistischer, ja sogar faschistischer Gesinnung ist. Was heißt das mit Blick auf ihre Wähler?

Der Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Problem. Die Westdeutschen können ihre Verantwortung dafür nicht an die Ostdeutschen delegieren, zumal

die wichtigsten Führungsleute aus dem Westen stammen. Wir müssen uns fragen, was wir gemeinsam gegen die AfD machen können. Klar ist, eine Zusammenarbeit mit dieser Partei ist für mich undenkbar. Weil sie eben in der Tat in Teilen rechtsextremes Gedankengut pflegt und einen Jargon verwendet, der an die unseligen Zeiten des Nationalsozialismus erinnert. Hier darf es keine Toleranz geben. Solange diese Partei in allen Parlamenten sitzt, müssen wir uns jeden Tag die Frage stellen, was wir falsch gemacht haben.

„Wenn wir merken, dass der Rechtsstaat hinter den humanitären Herausforderungen zurückbleibt, muss der Rechtsrahmen nachgeführt werden."

Was hat die Politik falsch gemacht?

Die ungeordnete Aufnahme vieler Flüchtlinge im Jahr 2015 und die Folgen haben den Erfolg der AfD begünstigt. Wir waren teilweise nicht mehr in der Lage, unserem Rechtsstaat gerecht zu werden. Im Herbst 2015 lag die AfD in Sachsen-Anhalt im einstelligen Prozentbereich, im Januar 2016 konnte sie über 20 Prozent verzeichnen. Und zwar auch, weil zu Silvester die Ereignisse von Köln stattgefunden hatten – die Belästigungen von Frauen durch Migranten. Wenn wir die AfD zurückdrängen wollen, brauchen wir eine gelingende Migrationspolitik.

Wobei die Flüchtlingshilfe ja eine humanitäre Frage ist, die sich nicht zuletzt aus der christlichen Tradition speist.

In der Tat, aber wenn wir merken, dass der Rechtsstaat hinter den humanitären Herausforderungen zurückbleibt, kann es nicht sein, dass wir ihn nachhaltig unterlaufen. Auch wenn es ethische Gründe dafür gibt. In solchen Fällen muss der Rechtsrahmen nachgeführt werden. Dann muss geltendes Recht geschaffen werden, weil sonst die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates und der Demokratie Schaden nimmt. Der Rechtsstaat muss anders als die Diktatur verlässlich Recht durchsetzen.

Die Landeskirche Braunschweig ist eine Kirche auf der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland. Teile ihres Gebietes liegen in Sachsen-Anhalt. Welche Bedeutung messen Sie den Kirchen mit Blick auf die Einigung Deutschlands zu?

Die Kirchen sind wichtig, weil sie für ein humanes Menschenbild einstehen. Nicht zuletzt deswegen beginnt Sachsen-Anhalts Landesverfassung wie das Grundgesetz mit den Worten: In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Trotz Säkularisierung ist diese Formulierung mit zwei Dritteln Mehrheit im Landtag beschlossen worden. Entscheidend ist meines Erachtens nicht die Zahl der Kirchenmitglieder, die ja im Osten vergleichsweise gering ist, sondern ihre Ausstrahlung. Die Kirche kann Brücken bauen zwischen Menschen und Gruppen, die

Fotos (2): Agentur Hübner

im Konflikt miteinander leben. Wenn es die Kirche nicht gäbe, würde ein wichtiger Vermittler von Werten und Orientierung fehlen.

Spielt die Erinnerung an die Rolle der Kirchen zu Zeiten der Wende noch eine Rolle?

Bei der Generation, die 1989 bewusst miterlebt hat, ist die Erinnerung an die Verdienste der Kirchen für die Friedliche Revolution noch lebendig. Allerdings muss man nüchtern feststellen, dass die Kirchen hinsichtlich ihrer Mitgliederzahlen davon nicht profitiert haben. Sie waren ein Ferment der Veränderungen, aber gesellschaftlich sind sie im Osten eine Minderheit geblieben. Unabhängig davon können sie helfen, den gesellschaftlichen Dialog zu führen und dazu beitragen, dass wir uns über die entscheidenden Fragen verständigen, damit unsere Gesellschaft nicht zerbricht. | mic

Musik, die verbindet

Mit einer Ausbildungsinitiative wirbt das Posaunenwerk der Landeskirche Braunschweig um neue Bläserinnen und Bläser. Bildungsreferent Ronald Schrötke spricht alle Generationen an.

„Wir schütteln die Lippen aus, und jetzt versuchen wir den Lippenton." Ronald Schrötke steht im Gemeindehaus St. Markus in der Braunschweiger Südstadt vor einer Gruppe von Bläserinnen und Bläsern und macht erste Aufwärmübungen. „Und jetzt ein tiefes B." Der erste Ton erfüllt den Raum, Tuba, Posaunen und Trompeten sind voller Inbrunst dabei.

Schrötke, schwarzes Sweatshirt, schwarze Jeans, offenes Lächeln, leitet zusammen mit Corinna Mannstein einen Anfängerchor. Genau elf Teilnehmer sind gekommen, Jungen im Grundschulalter, Frauen und Männer. Eine ideale Mischung.

Schrötke ist als Bildungsreferent im Rahmen einer Ausbildungsinitiative des Posaunenwerks der Landeskirche unterwegs. Das Ziel: die Anfängerausbildung in den Gemeinden zu begleiten und mehr Bläserinnen und Bläser für die Posaunenchöre zu begeistern.

Dafür hat das Posaunenwerk 2014 eine befristete Stelle eingerichtet, unterstützt von Stiftungen und der Landeskirche. „Uns ist es was wert, Menschen mit den Posaunenchören vertraut zu machen", sagt Landesposaunenwart Siegfried Markowis. „Sie sind ein sozialer, kultureller und musikalischer Wert, den wir in die nächste Generation bringen wollen."

Um neue Mitglieder zu gewinnen, ist Ronald Schrötke als Ausbildungskoordinator und nebenamtlicher Kirchenmusiker in der ganzen Landeskirche aktiv, vor allem in den Grundschulen. Er informiert, stellt die Instrumente vor, verteilt Flyer, begleitet Anfängergruppen und bietet Bläser-AGs an.

Und bei manchen springt der Funke über. Zum Beispiel bei Konstantin. Der Grundschüler hat in Braunschweig-Lehndorf ein Jahr lang eine Arbeitsgemeinschaft besucht, Posaune gespielt und ist jetzt das erste Mal zur Probe in die Südstadt gekommen. Von den Anwesenden wird der Junge herzlich begrüßt. „Posaunenchöre sind kein elitärer Club, sie sind sehr familiär", sagt Schrötke.

Eine typische Konstellation für Posaunenchöre: Sie verbinden Generationen.

Das bestätigt auch Dirk Hoffmeister. Der 56-jährige ist Chorsänger, hat im Februar angefangen, Trompete zu spielen und gehört zu den Älteren in der Gruppe. „Die Gemeinschaft ist sehr freundlich, aufrichtig und offenherzig", lobt Hoffmeister. „Das macht Spaß." Neu ist auch Stefan Ziebold (43). Eher als Scherz habe er gesagt, dass er gern Tuba spielen würde, als er seinen 9-jährigen Sohn Peer Anfang des Jahres in den Unterricht begleitet hat. Chorleiter Schrötke hat ihn beim Wort genommen, er organisierte eine Tuba und jetzt musizieren Vater und Sohn gemeinsam.

Eine typische Konstellation für Posaunenchöre: Sie verbinden Generationen. „Hier sind alle Altersgruppen vertreten", sagt Posaunenchorleiterin Corinna Mannstein, „in einem Chor saß ich zwischen der 8-jährigen Anna und dem 80-jährigen Hans." Und noch etwas begeistert

Foto: Agentur Hübner

Musik für Vater und Sohn: der Posaunenchor macht es möglich.

Foto: Agentur Hübner

Ronald Schrötke mit seinem neuen Posaunenchor in Braunschweig.

sie an den Chören: „Sie sind für mich die ideale Verbindung zwischen Musik und Glaube."

Auch für Landesposaunenwart Markowis gehören Musik und Glauben zusammen: „Für mich geht das eine nicht ohne das andere." Er räumt jedoch ein, dass es in den schulischen Arbeitsgemeinschaften weniger um den Glauben geht. „Da sind wir zurückhaltender und arbeiten offener", sagt Markowis. Doch auch in den Schulen werde Weihnachten und Ostern gefeiert und zum Geburtstag ein Segenslied gespielt.

Im Rahmen der Ausbildungsinitiative ist Ronald Schrötke jedoch nicht nur in den Schulen präsent. Da von den rund 65 Posaunenchören in der Landeskirche nur etwa zehn eine Ausbildung für Anfänger anbieten, leistet er Hilfestellung bei der Qualifizierung neuer Mitglieder. Beispielsweise in Wahle in der Propstei Vechelde.

Nach der Gründung des Pfarrverbandes wollte die Kirchengemeinde etwas Neues anstoßen und hat sich für einen Posaunenchor entschieden. Mittlerweile üben hier elf Bläser, es wurde ein Chorleiter gesucht und gefunden und die Anfänger haben bereits ihr erstes Konzert gegeben, unterstützt vom Posaunenchor Geitelde.

„Es ist wichtig, dass Anfänger möglichst schnell auftreten und sich der Gemeinde zeigen", weiß Corinna Mannfeld. „Unser Ziel ist es nicht, ein Jahr lang nur zu proben", ergänzt Schrötke. Daher hat auch der neue Posaunenchor aus der Braunschweiger Südstadt einen ersten Einsatz schon nach wenigen Monaten im Himmelfahrts-Gottesdienst gehabt.

Weiterer wichtiger Bestandteil der Ausbildungsinitiative ist, dass Schrötke für die Ausbildung zum Chorleiter wirbt: „Wer mag, kann Chorleitungsluft schnuppern." Und sich in besonderen Kursen weiter qualifizieren.

Rund 1000 Bläserinnen und Bläser gibt es zurzeit in der Landeskirche Braunschweig. Trotz sinkender Mitglieder in der Landeskirche ist die Zahl der Bläser nicht rückläufig.

Wer in den Chören mitspielt, kann auf mehr als 600 Jahre Musikgeschichte zurückgreifen, quer durch alle Stile, sagt Posaunenwart Markowis. Auch Rock, Pop, Jazz und Experimentelles gehören dazu. Seiner Einschätzung zufolge hat sich das Engagement der Ausbildungsinitiative auf jeden Fall gelohnt: „Wir sind froh, dass wir das angefangen haben."

Genauso froh wäre er, wenn die halbe Stelle für die Ausbildungsinitiative auch nach 2021 von der Landeskirche im Haushalt abgesichert werden würde. Denn: „Musik ist ein hohes Gut, das den Menschen ein Leben lang prägt." | Rosemarie Garbe

www.posaunenwerk-braunschweig.de

„Welche Akzente kann das Netzwerk Christen bei Volkswagen setzen?“

Eine Antwort von Peer-Detlev Schladebusch, Industriepastor und Sprecher des Netzwerkes in Wolfsburg

Foto: Privat

Manchmal gibt es unvergessliche Momente: Am 17. September 2015 feierte das Netzwerk Christen in der Automobilindustrie (CAI) einen Gottesdienst auf der Internationalen Automobil Ausstellung (IAA) in Frankfurt. Ein Mitarbeiter betete um Wahrhaftigkeit in der Branche. Einen Tag später wurde der Dieselskandal in der Presse publik: Ein Beben bis heute. War das eine direkte Gebetserhörung?

„Das Gebet des Gerechten vermag viel, wenn es ernstlich ist“, heißt es in der Bibel (Jakobus 5,16). Das wissen auch Mitarbeitende von Volkswagen. Mittlerweile gibt es zehn Kreise in Wolfsburg, Braunschweig und Hannover, die sich regelmäßig einmal in der Woche in der Mittagspause treffen und dort auch beten: in guter ökumenischer Eintracht.

Die Christen bei Volkswagen (CVW) gehören zum CAI-Netzwerk, wie auch die Christen bei Audi, BMW, Daimler, Ford, MAN, Opel, Porsche und mehreren Zulieferern. Rund 1.000 Personen haben sich für den Newsletter angemeldet, in dem bundesweit zu verschiedenen Treffen und Veranstaltungen außerhalb der Werksgelände eingeladen wird.

Bei Daimler in Sindelfingen sind sie besonders aktiv. Ich durfte dort schon mehrfach miterleben, wie sie auch für die Mitarbeitenden von Volkswagen – gerade auch in der Krise – gebetet haben. Das ist wirkliche Größe.

Christen in der Automobilindustrie setzen sich dafür ein, dass christliche Grundwerte im persönlichen Arbeitsleben innerhalb des Unternehmens und in der sozialen Verantwortung außerhalb des Unternehmens sichtbar werden.

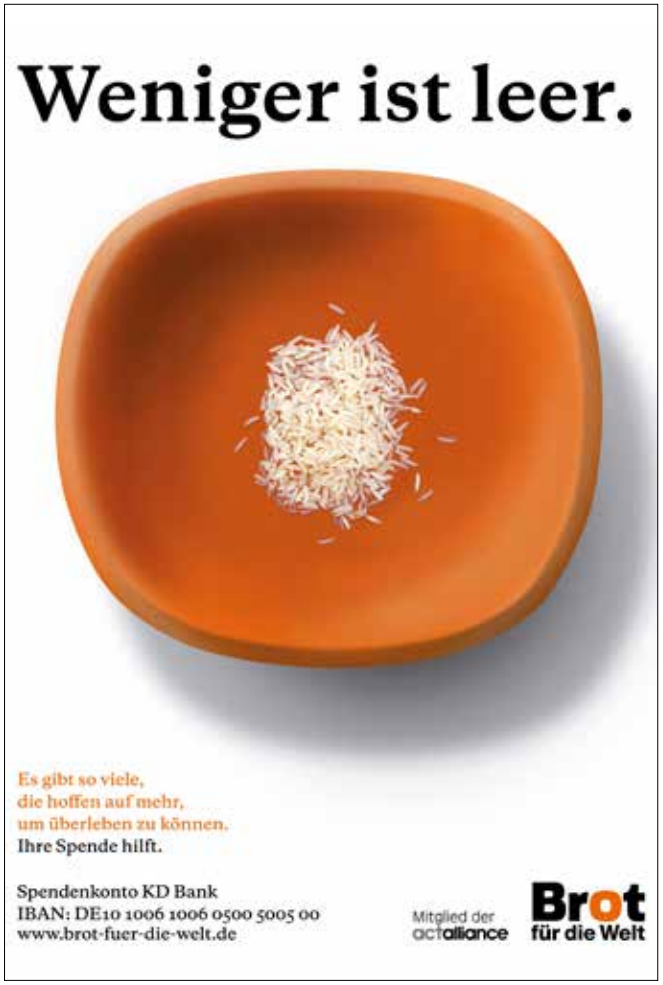
Sie geben am Arbeitsplatz Beispiel für respektvollen Umgang untereinander und mit externen Partnern. Wertschätzung des Gegenübers und Aufrichtigkeit sind dabei selbstverständlich und sollen auch in Zusammenarbeit mit den Kollegen in den Regionen sichtbar werden.

Sie sind überzeugt, dass dies auch einen Beitrag zum nachhaltigen Unternehmenserfolg leistet. Einige Aufsichtsräte, Betriebsräte und Vorstände haben das mittlerweile erkannt und schätzen diesen besonderen Einsatz: Ein Zeichen, das Mut macht in dieser Zeit.

www.c-a-i.info

Solidarisch mit Menschen in Not

„Brot für die Welt“ wird 60 Jahre alt. Im Advent 1959 rief die Hilfsorganisation erstmals zu Spenden auf. Auch in der Landeskirche Braunschweig findet sie viel Unterstützung. Rund 38 Millionen Euro kamen hier in 60 Jahren zusammen. Deutschlandweit waren es 2,4 Milliarden.



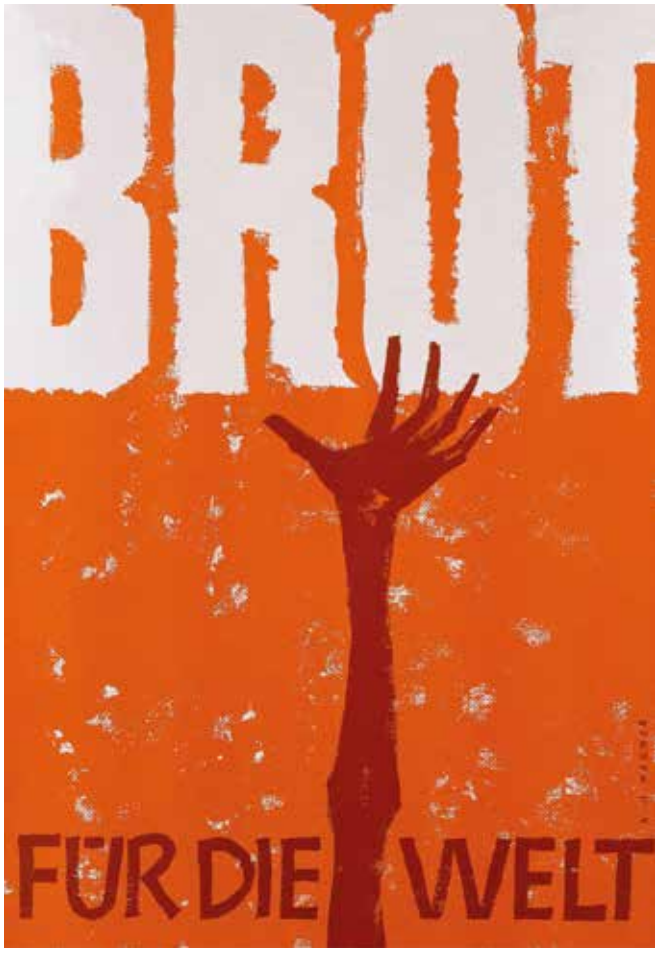
Ausgelöst durch Berichte über eine Hungersnot in Indien wurde „Brot für die Welt“ im Dezember 1959 in den evangelischen Landes- und Freikirchen ins Leben gerufen. Die Hilfe, die die Menschen in Deutschland beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren hatten, trug dazu bei, dass sie die Notleidenden in Indien und anderen Ländern unterstützen wollten.

Die Lebensbedingungen müssen positiv verändert werden.

Bei der ersten Aktion von „Brot für die Welt“ kamen Sammelbüchsen und Plakate zum Einsatz, auf denen die bekannte „Hungerhand“ des Berliner Künstlers Rudi H. Wagner zu sehen ist. Obwohl der Spendenaufruf nur als einmalige Aktion geplant war, wurde sie weitergeführt, denn Christen waren davon überzeugt, dass die Hilfe für andere nicht an Landesgrenzen aufhören darf.

Durch die partnerschaftlichen Beziehungen zu den Kirchen in anderen Ländern wurde deutlich, dass es nicht nur um die akute Hungerbekämpfung gehen darf. Vielmehr ist es nötig, die Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Strukturen positiv zu verändern.

In dieser Zeit wurde das Leitwort „Hilfe zur Selbsthilfe“ zum Maßstab für das Engagement in den Ländern des Südens. Der Satz: „Gibst du einem Hungernden einen Fisch, wird er für einen Tag satt. Bekommt er von dir eine Angel und lernt das Fischen, muss er nie mehr hungrig sein!“ motivierte die Verantwortlichen in Deutschland und den Partnerländern, über eine nachhaltige Hilfe nachzudenken.



Abbildungen: Brot für die Welt

Unter dem Motto „Den Armen Gerechtigkeit" fand die Aktion im Jahr 1989 statt. Stacheldraht und Ährenkranz bildeten eine Krone und erinnerten an die Dornenkrone Jesu. Wie so oft in der Geschichte von „Brot für die Welt" provozierte das Plakat und warf die Frage auf, wie politisch die Organisation sein darf.

Die Entscheidung war angesichts der Notleidenden kaum überraschend. Durch den Einsatz für eine gerechte Verteilung von Nahrungsmitteln, mehr Bildung für Jungen und Mädchen sowie für die Unterstützung von Menschenrechtsgruppen mischte sich „Brot für die Welt" politisch ein und veränderte die Verhältnisse mit Hilfe der Projektpartner.

„Es ist genug für alle da" lautete das Motto beim 50-jährigen Jubiläum von „Brot für die Welt". Es wurde deutlich, dass gute Lebensbedingungen für alle möglich, aber die Ressourcen nicht ausreichend verteilt sind. Viele Menschen im Süden leiden Mangel. Deshalb ging es immer wieder um die Frage eines gerechten Ausgleichs.

Für Christen sind die Worte Jesu leitend: „Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis und ihr seid zu mir gekommen. Was ihr einem meiner geringsten Schwestern und Brüder getan habt, dass habt ihr mir getan". (Matthäus 25, 35+36, 45)

Aber auch die Grundrechte spielen eine wichtige Rolle. „Die Würde des Menschen ist unantastbar" – diese Aussage des Grundgesetzes ist für die Arbeit von „Brot für die Welt" ebenfalls von großer Bedeutung. Deshalb zeigte vor einigen Jahren ein Plakat mit dem Titel „Würdesäule" eine Wirbelsäule, die aus Büchern bestand. Mädchen und Jungen eine Schul- und Ausbildung zu ermöglichen, wurde hier genauso in den Blick genommen, wie die Qualifizierung von Bäuerinnen und Bauern.

Im Kleinen Katechismus erklärt Martin Luther die Bitten des „Vaterunsers". Zur vierten Bitte, „Unser tägliches Brot gib uns heute", schreibt er, dass zum täglichen Brot alles gehöre, was zum Leben notwendig sei. Dieser Auffassung weiß sich „Brot für die Welt" verpflichtet und zeigt: Weltweite Solidarität ist nötig – und möglich. | Jürgen Lausch

www.brot-fuer-die-welt.de

Foto: epd-bild / Jörn Neumann

Religionsfreiheit im Konflikt

Religionspolitik ist ein wichtiges Politikfeld auch in Niedersachsen geworden. Das zeigen die jüngsten Debatten um das Verbot religiöser Symbole im Gerichtssaal oder das betäubungslose Schächten.

Das Verhältnis zwischen Religion und weltanschaulich neutralem Staat bleibt auch in Niedersachsen ein umstrittenes öffentliches Thema. Grund dafür ist die Tatsache, dass unsere Gesellschaft nicht nur unkirchlicher, sondern auch multireligiöser geworden ist. Das Christentum hat seine Prägekraft für viele Menschen eingebüßt, nicht aber die Bedeutung von Religion. Im Gegenteil, insbesondere Muslime pochen auf das Recht, ihre Religion nicht nur privat, sondern auch öffentlich leben zu können. Oft mehr als die Christen.

Und in der Tat kennt das Grundgesetz nicht nur die negative Religionsfreiheit, nach der niemand gezwungen werden darf, einem Bekenntnis zu folgen, sondern auch die Zusage, dass jeder seine Religion ungestört ausüben kann. Zwischen Staat und Kirchen hatte sich dieses Verhältnis in den vergangenen 70 Jahren eingespielt, zumal es einen Konsens zwischen beiden gibt, dass die weltanschauliche Neutralität des Staates eine ebenso partnerschaftliche wie professionelle Zusammenarbeit mit den Kirchen nicht ausschließt, sondern – um des Gemeinwohls willen – geradezu sinnvoll und notwendig macht.

Darüber hinaus gehören weite Teile der Christen in Deutschland Kreisen an, die ihren Glauben nicht offensiv vertreten oder öffentlich proklamieren. Und den atheistischen Kreisen war die negative Religionsfreiheit sowieso stets wichtiger als die positive. Insofern lässt sich eine breite gesellschaftliche Verstörung feststellen, dass religiöse Fragen mehr denn je wieder zu einer öffentlichen Angelegenheit werden. Die Entwicklung zeigt nicht zuletzt, dass die These von der fortschreitenden Säkularisierung differenziert zu beurteilen ist.

Zwar stellen wir eine zunehmende Entkirchlichung unserer (westlichen) Gesellschaft fest, gleichzeitig aber auch eine Pluralisierung von Religion, die auch den Staat in neuer Weise herausfordert. Vor allem dann, wenn religiöse Praxis nicht ohne weiteres mit Gesetzen vereinbar ist. Wie zum Beispiel beim Tierschutz. So gab es in Niedersachsen jüngst erneut eine Debatte um das betäu-

bungslose Schächten, bei dem die Schlachttiere ausbluten und ein Verzehr von Blut ausgeschlossen wird.

Für Muslime und auch Juden gehört das Schächten, insbesondere bei besonderen Festen, zu ihrer religiösen Identität. Deswegen übten sie erhebliche Kritik an einer Initiative der CDU, die das betäubungslose Schächten verbieten wollte. Die Staatskanzlei von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hatte Mühe, die Wogen zu glätten. Ausnahmegenehmigungen beim Schächten, hieß es von dort, würden auch weiter erteilt, zumal die meisten Tiere betäubt würden.

Die Debatte zeigt indessen, dass der Ausübung von Religion in der Öffentlichkeit eine gestiegene Aufmerksamkeit zukommt und deshalb der Staat gefordert ist. Das gilt erst recht, wenn ureigene staatliche Aufgaben davon berührt sind. Etwa bei Gericht, wo die Neutralität der Justiz entscheidend ist. So hat die niedersächsische Landesregierung ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das Amtspersonen bei der Ausübung richterlicher oder staatsanwaltlicher Aufgaben das Tragen religiöser Symbole oder Kleidungsstücke untersagt.

Anlass dafür sind muslimische Referendarinnen, die vermehrt in die Justiz streben und aus religiöser Überzeugung ein Kopftuch tragen. In der Folge könnten künftig auch Richterinnen und Staatsanwältinnen mit Kopftuch im Gerichtssaal auftreten. Das aber, so das Justizministerium, könnte Zweifel nähren, dass die Juristinnen unvoreingenommen ihren Dienst tun, so dass mit Befangenheitsanträgen zu rechnen wäre. Das will der Gesetzgeber vermeiden. Wobei die Regelung nur für die Zeit der Amtshandlungen und auch nicht für Rechtsanwältinnen gedacht ist. Letztere agieren ja im Auftrag ihrer Mandanten und nicht des Staates.

Dass die islamischen Verbände in Niedersachsen Kritik an der Gesetzesinitiative geübt haben, muss nicht überraschen. Sie sprechen von eingeschränkter Religions- und Berufsfreiheit. Zumal sie nach wie vor enttäuscht sind, dass ein Vertrag mit dem Land über die rechtliche Ausgestaltung muslimischen Lebens vor zwei Jahren gescheitert ist.

Trotz jahrelanger Verhandlungen sah das Land am Ende keine ausreichende Basis für eine rechtliche Vereinbarung. Zu groß war die Sorge, dass die Türkei maßgeblichen Einfluss auf den Moscheeverband DITIB nimmt. Außerdem herrschten Zweifel, dass die Werte des Grundgesetzes in ausreichender Weise von muslimischer Seite geteilt werden. So ist die Religionspolitik auch in Niedersachsen ein Politikfeld geworden, das zunehmende Aufmerksamkeit verlangt. | mic

Neue Initiative zum Reformationsfeiertag

Abbildung: escen

Unter dem Motto „Reformation neu feiern“ begleitet die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen künftig den Reformationsfeiertag am 31. Oktober. Die Öffentlichkeitsbeauftragten der fünf konföderierten Gliedkirchen haben eine gemeinsame Initiative entwickelt, die allen evangelischen Kirchengemeinden in Niedersachsen einen Rahmen für eigene Projekte bietet. Das zentrale Motto soll in den nächsten Jahren stets mit einem Schwerpunktthema verbunden sein. In diesem Jahr ist es das Thema „Wahrheit“.

Eine neue Internetpräsenz erläutert die Hintergründe zu der Initiative und bietet zahlreiche Impulse und Materialien: darunter Gottesdienstentwürfe zum Reformationsfeiertag sowie Ideen zu dem Anlass für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Aktionen und Feste. Auch das neue Logo „Reformation neu feiern“ steht im Internet zum Download und zur Verwendung in eigenen Publikationen zur Verfügung. Kostenlos zu bestellen ist nicht zuletzt ein Faltspiel zum Thema „Wahrheit“.

Eine Broschüre enthält Fragen zum diesjährigen Schwerpunktthema, die Menschen ins Gespräch bringen sollen: „Worauf ist heute Verlass, Was sind die Fakten? Wer hat Recht?“ Zur Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen gehören die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig, die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippe sowie die Evangelisch-reformierte Kirche.

www.reformation-neu-feiern.de

Authentisch religiös

Thomas Kaufmann hat ein neues Buch über die reformatorische Gemeinschaft der Täufer geschrieben.

Thomas Kaufmann, Professor für Kirchengeschichte und Reformationsexperte in Göttingen, hat ein neues kleines, lesenswertes Buch über sein Fachgebiet vorgelegt. Nach seinem großen Wurf 2016 über die Geschichte der Reformation bietet er dem Leser nun eine Studie über eine besondere reformatorische Gemeinschaft: die Täufer.

Evangelische Christen, die in der Säuglingstaufe der protestantischen Territorialkirchen eine auf halbem Wege steckengebliebene Reformation sahen. Sie waren vielmehr davon überzeugt, dass allein die Taufe von Erwachsenen bibelgemäß und deshalb zulässig sei. Freiwilligkeit und eigene Entscheidungsfähigkeit waren für sie die maßgeblichen Kriterien.

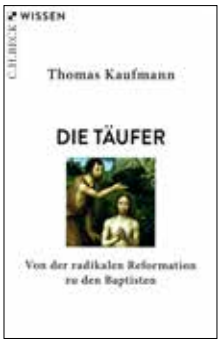
Damit opponierten die Täufer nicht zuletzt gegen Martin Luther und auch Ulrich Zwingli, die an der Kindertaufe festhielten. Mit der Folge, dass sie sich auch gegen die weltlichen Obrigkeiten stellten, die Luther und Zwingli folgten. Kaufmann beschreibt eindrücklich, wie sich deshalb nicht nur ein theologischer Konflikt entwickelte, sondern auch eine Form protestantischer Christenverfolgung.

Die Täufer galten bald als Unruhestifter und Ketzer, die um Leib und Leben fürchten mussten. Auf ihren Fluchten verbreiteten sie ihre Frömmigkeit nicht nur in weiten Teilen der Alten, sondern ab dem 17. Jahrhundert auch in der Neuen Welt.

Vom Luthertum unterschieden sich die Täufer überdies durch ihr „Unbehagen gegenüber einem staatsförmigen, in das bestehende Herrschaftswesen integrierten evangelischen Kirchenwesen". In Folge des Allgemeinen Priestertums der Glaubenden betonten sie die Autonomie des Einzelnen und der Gemeinden. Vor diesem Hintergrund erkennt Kaufmann in ihnen frühe Vertreter einer allgemeinen Religionsfreiheit.

Nicht zuletzt deswegen lässt er am Ende seiner Studie persönliche Sympathien für diesen Zweig des reformatorischen Christentums erkennen. Kaufmann attestiert den Täufern eine „staatsfreie" und „machtlose" religiöse Authentizität. Deshalb hätten sie sich in der Neuzeit gegenüber politischen Ideologien wie Nationalismus, Rassismus und Militarismus weitgehend resistent erwiesen. Außerdem seien sie gegenüber Tendenzen der Hierarchisierung und Klerikalisierung weitgehend immun gewesen.

Wobei nicht vergessen werden sollte, dass der protestantische Eigensinn bisweilen zur Gründung fundamentalistischer und repressiver Gemeinschaften geführt hat, die alles andere als freiheitlich orientiert waren. Auch diese Tendenzen lassen sich bis in unsere Tage feststellen. | mic



Thomas Kaufmann:
Die Täufer. Von der radikalen Reformation zu den Baptisten. C.H. Beck Verlag, München 2019, 128 Seiten, 9,95 Euro.

Meisterwerk der Rechtsgeschichte

Im Mai dieses Jahres wurde das Grundgesetz 70 Jahre alt. Es enthält auch die rechtlichen Grundlagen für das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. So liegt es nahe, dass der Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD in Göttingen, Hans Michael Heinig, Mitherausgeber eines neuen Buches über die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist. Das anregende Werk bietet eine aktuelle Vergewisserung über das Grundgesetz angesichts neuer Herausforderungen etwa in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, von Flucht und Vertreibung oder auch neuer rechtsradikaler Tendenzen. Gleichzeitig halten die Autoren Rückschau und untersuchen, welche Spuren das Grundgesetz und seine Auslegung in Deutschland hinterlassen hat. Trotz aller Problembeschreibungen wird dabei deutlich, dass es ein Meisterwerk deutscher Rechtsgeschichte ist. Es verankert das deutsche Rechtssystem im Grundprinzip der Humanität und widerstrebt jeder Form von Willkür und politischem Totalitarismus.

Hans Michael Heinig;
Frank Schorkopf (Hg.):
70 Jahre Grundgesetz. In welcher Verfassung ist die Bundesrepublik?
Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2019, 310 Seiten, 19,99 Euro.

Foto: Klaus G. Kohn

Brigitte Müller

„In meiner Kirche zeigt sich ein liebevoller und respektvoller Umgang miteinander."

„Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei, aber die Liebe ist die größte unter ihnen." So steht es im Brief des Apostels Paulus an die Korinther (Kapitel 13, Vers 13). In meiner Kirche gilt das als Lebensmotto: Christinnen und Christen leben auf diesem Fundament und richten ihr Leben sichtbar im Umgang miteinander daran aus.

Respekt und gegenseitige Achtung sind die Basis für ein gutes Miteinander der Generationen. Zuhören und das Gegenüber ernst nehmen sind selbstverständlich und Grundlage, um neue Wege einzuschlagen, neue Ideen zu entwickeln. Die Jungen probieren mutig neue Formen aus, die Alten lernen von der jüngeren Generation und lassen sich auf Unbekanntes ein. Gleichzeitig tragen sie dazu bei, bewährte Traditionen zu bewahren.

Es gibt überall Orte, um Spiritualität zu leben – Räume der Stille in Kirchen und Kapellen. Für jeden Menschen sind Möglichkeiten zur Meditation, zum Gebet, aber auch zum Gespräch in der Gemeinschaft gegeben. Christinnen und Christen in meiner Kirche strahlen Zuversicht und Freude aus, sind einladend und verständnisvoll, feiern fröhliche Gottesdienste.

In meiner Kirche zeigt sich ein liebevoller und respektvoller Umgang miteinander – getragen von Glauben, Hoffnung und Liebe.

Oberlandeskirchenrätin Brigitte Müller war von 1998 bis September 2019 Leiterin der Personalabteilung im Landeskirchenamt Wolfenbüttel.

Evangelisch-lutherische
Landeskirche in Braunschweig

Informations- und Pressestelle | Postfach 1664 | 38286 Wolfenbüttel
Deutsche Post AG | Entgelt bezahlt | PVSt | 89835

Foto: Andreas Greiner-Napp

Zerstörung im Bild

Vor 75 Jahren, am 15. Oktober 1944, bombardierte die Royal Air Force Braunschweig. Der dadurch ausgelöste Feuersturm zerstörte weite Teile der Stadt. Betroffen waren auch die historischen Kirchengebäude. Lediglich der Braunschweiger Dom wurde nicht schwer beschädigt. Zum 75. Gedenken an die Zerstörung Braunschweigs im Zweiten Weltkrieg präsentierte eine Ausstellung Bilder von Braunschweiger Künstlerinnen und Künstlern, unter anderem im Städtischen Museum und der Jakob-Kemenate. Der damalige Blick auf die zerstörte Petri-Kirche wurde von Herbert Waltmann in einem Gemälde festgehalten.